

Edeltraud Debusmann
Otto-Hahn-Straße 7

Heusenstamm, den 03.10.2012
Telefon: (06104) 6 76 17
e-Mail: ES-63150@t-online.de

Edeltraud Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

[Einschreiben mit Rückschein](#)

CDU / CSU
Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1

10011 Berlin

BT-Drucksache 15/2472 der FDP vom
11.02.2004

**Zusätzliche Kranken- und
Pflegeversicherungsbeiträge
bei Versorgungsbezügen durch
das GKV-Modernisierungsgesetz
rückgängig machen**

Bitte für die Bundestagswahl 2013

Betreff: GMG – statt empfohlener Vorsorge für das Alter ein Gesetz zur Vernichtung von
Eigenkapital, das unter persönlichem Konsumverzicht für die ergänzende Alters-
vorsorge gespart wurde

Bezug: Meine Schreiben an Sie vom 23.03. und 30.08.2010 sowie 14.01.2011
... bis heute keine Antwort auf die dort gestellten Fragen

sowie ... Offener Brief an Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel vom 09.08.2012
sowie vom 31.08., 01.09., 03.09., 05.09.2012

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

die Empfehlung des Gesetzgebers vor ca. 30 Jahren, zur Vorbeugung der Altersarmut eine ergänzen-
de Vorsorge über den Arbeitgeber in Form einer Direktversicherung anstatt der üblichen Lebensversi-
cherung auf den eigenen Namen als Versicherungsnehmer zu treffen, hat sich für die gutgläubigen
Arbeitnehmer als die größte Fehlinvestition ihres Lebens entpuppt und die Fürsorge des Staates für
seine Bürger ad absurdum geführt. Die Lebensplanung vertrauensseliger Menschen wurde vom Ge-
setzgeber nachhaltig zerstört.

**Statt empfohlener Vorsorge für das Alter ein Gesetz zur Vernichtung von Eigenkapital.
So kann man auch Altersarmut produzieren!**

In beigefügter Anlage werden anhand von Beispielen die nicht zu akzeptierenden Ungerechtigkeiten
in der Gesetzeslogik zum GMG ausführlich aufgezeigt, wonach

- Einzahlungen des AN in eine DV aus Lohn-/Gehaltsverzicht sowie Arbeitslosengeld und BfA-Rente,
hier **ohne AG-Zuschuss** (also **Privatvermögen**) als eine der Betriebsrente vergleichbare Einnahme
definiert werden, während
- Zahlungen des Arbeitgebers **zusätzlich zum Gehalt** in eine LV, hier AN = Versicherungsnehmer
keine Betriebsrente ist.

Dies ist eine unglaubliche Verbiegung der Definition! Nicht „wer ist Vertragsinhaber, sondern wer
hat die Beiträge bezahlt“ kann nur das alleinige Entscheidungsmerkmal als Zuordnung einer Betriebs-
rente bzw. einer Betriebsrente vergleichbaren Einnahme sein.

Obwohl nie Vertragsbestandteil, müssen mit Inkrafttreten des GMG für die ausgezahlte Summe bei
Fälligkeit nach dem 01.01.2004 – sogar rückwirkend für tlw. seit mehr als 20 Jahren (!) bestehende
Altverträge – erneut der volle Beitragssatz an die GKV und GPV (heute ca. 17,5%) gezahlt werden.
Und dies, obwohl bereits während der Laufzeit Beiträge zur GKV entrichtet wurden.

Eine unglaubliche Anmaßung, zweimal zu „kassieren“ und eine verheerende Zumutung für Menschen, die mit jedem Cent rechnen müssen!

Es wird auf die Statements hochrangiger Politiker verwiesen, die zu jeder Gelegenheit **Vertragstreue** einfordern, diese jedoch ihren Bürgern verweigern. Nach Art.3 GG sind alle Menschen gleich; dies hat auch für die Gleichbehandlung im Vertragsrecht zu gelten.

Als unverständliche Entscheidung des BverfG wird auch darauf hingewiesen, dass Kriminellen Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot zugestanden, für sich selbst vorsorgende Bürger dieses elementare Grundrecht jedoch vom Gesetzgeber verweigert und vom BverfG auch noch bestätigt wird. Für die aufgestellte These ...

„Der Gesetzgeber ist von verfassungswegen berechtigt, „jüngere Krankenversicherte“ von der Finanzierung des höheren Aufwands für die Rentner zu entlasten und die Rentner entsprechend ihrem Einkommen verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen“

werden viele Gegenargumente genannt, die bisher noch von keinem Politiker entsprechend gewürdigt wurden, aber zur Bewertung der Ausführungsbestimmungen im GMG eine entscheidende Wichtung haben.

Und es wird aufgezeigt, dass die politischen Lösungsansätze für die Altersarmut nicht funktionieren, so lange der Gesetzgeber keine verlässliche Rahmenbedingungen schafft, Gesetze im Nachhinein zum großen Nachteil von gutgläubigen Menschen ohne Vorwarnung ändert und Bürger vor vollendete Tatsachen stellt.

Im Internet schreiben tausende Wutbürger ihren Frust von der Seele. Selbst bisher treue Stammwähler zählen inzwischen zu den Politikverdrossenen und geben ihre negativen Erfahrungen in vielfältiger Weise weiter mit dem Hinweis, „Wer sich auf den Staat verlässt, ist verlassen“. Das sind keine guten Voraussetzungen für den vom Gesetzgeber erbetenen Vertrauensbeweis, für ein positives Engagement bei Bundes- und Landtagswahlen.

Als Resumee wird mit Ausblick auf die Bundestagswahl 2013 die Bitte geäußert, mit Bezug auf die BT-Drucksache 15/2472 der FDP vom 11.02.2004 (sie brachte es auf den Punkt und sprach von einer kalten Enteignung) deren Antrag ...

„Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen“

unter den in diesem Schreiben sowie im Anhang geschilderten Gesichtspunkten erneut zu diskutieren und im Interesse einer verlässlichen Politik, u. a. Zitat Frau Dr. Merkel ...

„Wir sagen, dass wir die Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, auch wirklich einhalten wollen. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass sich zu viele daran nicht gehalten haben.

Und leider hat die rot-grüne Bundesregierung unter meinem Vorgänger dabei auch keine besonders rühmliche Rolle gespielt, wie man dieser Tage wieder lesen kann.

Demokratie lebt davon, dass die Verträge nicht nur in guten Zeiten gelten, wo man nicht an ihre Grenzen stößt, sondern dass Verträge auch in schwierigen Zeiten gelten, ist das klare Bekenntnis zur Gerechtigkeit.“

anzunehmen.

Damit wird der ständige Hinweis unserer Volksvertreter auf die Urteile des BverfG zur Direktversicherung hinfällig, steht doch deren Urteil im krassen Widerspruch zur Aussage unserer Bundeskanzlerin und hochrangiger Politiker **„Verträge sind einzuhalten“**. Frau Dr. Merkel, hier ist der Gesetzgeber in der Pflicht und wir bitten Sie zum Wohle Ihrer Bürger zu handeln, auch beim GMG die **Gesetze zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses** anzuerkennen, somit die Vereinbarungen zu den Altverträgen auch hier zu respektieren und damit verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Diese Bitte richtet sich aber auch an alle Bundestagsabgeordneten und deren Parteivorstände.

In diesem Zusammenhang darf auch auf die vielen Schreiben der Petenten an den Ausschuss hingewiesen werden. Alle Petitionen wurden trotz der aufgezeigten berechtigten Argumente ohne Aussprache an den Bundestag zurück gegeben.

Die Frage darf erlaubt sein, für was wendet man Zeit und Mühe auf, wenn Schreiben ignoriert werden und alle Petenten mit einem fünfzeiligen Serienbrief ohne Bezug auf deren Einwände eine derartige Absage erhalten. Damit wird das Engagement der Bürger vollends untergraben und es stellt sich die Frage nach der Existenzberechtigung eines solchen Ausschusses. Erst recht in Kenntnis der Aussage von einem Mitglied des Petitionsausschusses, Herrn Thomae/MdB, der darstellte, ...

„dass nicht zu erwarten ist, dass diejenigen, welche als Parlamentarier zuvor Gesetzen zugestimmt haben, nunmehr in Ihrer Funktion als Mitglieder der Fachausschüsse oder des Petitionsausschusses sich selbst anklagen oder korrigieren werden. Das müsse man ganz realistisch sehen.“

Quelle: Bericht zur Expertentagung "Öffentliche Petitionen und Volksinitiative" der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit „Mehr Demokratie e.V.“ am 16.11.2010 in München.

Millionen betroffene Inhaber einer Direktversicherung wünschen sich eine Perspektive für die Bundestagswahl 2013 und bitten die angeschriebenen Parteien um eine klare Aussage, ob sie **nach Kenntnis meiner Zeilen an Frau Dr. Merkel**, insbesondere dem Bekenntnis der jetzigen Bundesregierung zu **pacta sunt servanda**¹ es für geboten halten, das GMG in Bezug auf die Altverträge zu korrigieren, damit politische Statements Glaubwürdigkeit erhalten und nicht nur fernsehwirksame Lippenbekenntnisse bleiben.

Appell:

Wenn Sie meine Schreiben an Frau Dr. Merkel vom 09.08., 31.08., 01.09., 03.09. und 05.09.2012 wirklich gelesen haben, müssen Sie anerkennen ...

mehr überzeugende Argumente kann man nicht mehr bringen.

Für ein Mitglied Ihres Hauses wurden nach nur 20 Monaten (!) Amtszeit Bestands-, Vertrauens- und Vertragsschutz trotz massiver Proteste aus der Bevölkerung, aber auch erheblicher Bedenken aus Ihren eigenen Reihen anerkannt mit dem Hinweis auf „Pacta sunt servanda“, es wurden 18.000 Euro als Gehaltserhöhung auf Steuerzahlerkosten als selbstverständlich akzeptiert, ...

für Bürger, die u. a. mehr als 20 Jahre (!) auf Teile Ihres Nettoeinkommens verzichtet haben, gelten diese Regeln seit dem 01.01.2004 nicht. Wo bleibt der Gleichheitsgrundsatz?

Können Sie nachvollziehen, wie diese Menschen über das GMG, über diesen nachträgliche Zugriff auf das Privatvermögen denken?

Kapitalvernichtung statt der erhofften Altersvorsorge!

Geben Sie diesen verzweifelte Menschen die wohlverdiente Perspektive zurück, dass man staatliche Angebote nicht rückwirkend außer Kraft setzt.

Geben Sie den Betroffenen Lebensmut und Lebensfreude zurück, die jetzt 10 Jahre lang beim monatlichen Blick in den Kontoauszug auf den Nullpunkt absinkt,

die jetzt als Rentner mit hohem Zeit- und Kostenaufwand verbunden an die Politik schreiben müssen, um die gleichen Rechte wie Anderen zugestanden zu „erbitten“.

Meinen Lebensabend und den meiner Familie hatte ich mir anders vorgestellt.

¹ Frau Dr. Merkel, Herr Schäuble, Herr Seehofer u.a., siehe Anlage 1-2 meines Schreibens vom 09.08.2012 an Bundeskanzlerin ...

Sollten Sie alle genannten Argumente nach wie vor ignorieren, dann darf – nein, dann muss die Frage erlaubt sein:

„Was sind wir Bürger den Parteien (noch) wert?“

Siehe Schreiben der Kooperationspartner Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG an den Bundespräsidenten Herrn Joachim Gauck ...

http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user_upload/Infobrief_1-_2012.pdf

Sie suchen nach „Rezepten für die Altersarmut“. Millionen Bürger wie ich haben bereits vor mehr als 20 Jahren als Antwort darauf aus unserem Nettoeinkommen auf Konsum verzichtet, nur um dem Staat nicht zur Last zu fallen, und bekommen seit dem 01.01.2004 als Dank für die Eigenvorsorge einen nachträglichen 17,5%igen Abzug vom Ersparten „serviert“! Da fragt man sich doch allen Ernstes ...

„Wie funktioniert Politik eigentlich?“

Sie kämpfen um Diätenerhöhung und Pensionen.

Bitte haben Sie Verständnis, dass wir Bürger um unsere eigenen Ersparnisse kämpfen, die über viele Jahre unter Konsumverzicht geleistet wurden.

Für eine Antwort dankend, verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

gez.

Edeltraud Debusmann

Mitglied im AK „GMG-Geschädigte DV-Versicherte“

Verteiler:

Siehe Anlage, Seite 6–7

Obwohl nie Vertragsbestandteil, müssen mit Inkrafttreten des GMG² für die ausgezahlte Summe bei Fälligkeit nach dem 01.01.2004 – sogar rückwirkend für tlw. seit mehr als 20 Jahren (!) bestehende Altverträge – erneut der volle Beitragssatz an die GKV und GPV (heute ca. 17,5%) gezahlt werden. Und dies, obwohl bereits während der Laufzeit Beiträge zur GKV entrichtet wurden. Eine unglaubliche Anmaßung, zweimal zu „kassieren“ und eine verheerende Zumutung für Menschen, die den Auszahlungsbetrag bereits anderweitig fest eingeplant hatten (z. B. Rückzahlung von Schulden) und mit jedem Cent rechnen müssen! Siehe ...

<http://www.handwerksblatt.de/Handwerk/Mittelstand/Betrieb/6511.html>

Direktversicherung: **Jetzt kassiert die Krankenkasse doppelt**

Erst mahnt der Staat die private Vorsorge an, dann kassiert er

Fast unbemerkt kam der Zusatz (Beitragspflicht) ins Sozialgesetzbuch

Banken, die ihre Kunden falsch beraten und Nachteiliges verschweigen, müssen laut Gesetz dafür haften. Für den Gesetzgeber gelten diese Regeln anscheinend nicht, und die Judikative bestätigt dies auch noch mit dem makaberen Hinweis „*das ist zumutbar und hat keine erdrosselnde Wirkung*“.

Viele Betroffene führen seit Jahren Schriftverkehr mit den Vorständen aller im Bundestag vertretenen Parteien, mit deren Bundestagsfraktion, mit den Mitgliedern vom Petitionsausschuss, mit dem Bundeskanzleramt, mit dem Bundesministerium für Gesundheit, mit dem Bundestagspräsidenten, mit den Bundespräsidenten (Horst Köhler, Joachim Gauck), mit Bundessozial- und Bundesverfassungsgericht u. v. a.

Es ist frustrierend und demütigend, dass die meisten der angeschriebenen Volksvertreter nicht einmal antworten. Und wenn, werden partout die Antworten auf unsere berechtigten Fragen verweigert bzw. man reagiert nur ausweichend. Man ist immun (ein sehr bürgerunfreundliches Verhalten). Millionen Betroffene, die den Empfehlungen des Staates zur Eigenvorsorge folgten, wird vor den Kopf gestoßen und werden monatlich im Kontoauszug schmerzlich daran erinnert.

Eine unglaubliche Demütigung gutgläubiger Bürger, deren Vertrauen aufs Größte missbraucht wurde und bei diesen nur noch Wut und Politikverdrossenheit hervorruft, weil sie ihrer eigenen Ersparnisse beraubt werden. Erst Anreize zum Vertragsabschluss setzen, danach mit zusätzlichen Belastungen vollendete Tatsachen schaffen ist unredlich und einer verlässlichen Politik auch unwürdig. Als Bürger fühlt man sich unmündig behandelt!

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Argumente siehe ...

„Offener Brief an Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel“

<http://www.kruedewagen.de/blog/>

http://www.guenter-pilger.de/Direktversicherung-Enteignung_2.htm

http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user_upload/Vertraege_sind_einzuhalten_-_Brief_an_Frau_Merkel_-_Debusmann_09.08._2012.pdf

... in dem erneut mit aktuellen Beispielen belegt auf die Diskrepanz zwischen dem, was Politiker predigen und deren tatsächlichen Handeln hingewiesen wird. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Politiker für sich selbst **Bestands-, Vertrags- und Vertrauensschutz, Gleichheitsgrundsatz sowie Treu und Glauben** in Anspruch nehmen, diese elementaren Grundrechte jedoch den Bürgern verweigern! Dies mag in einem Feudalstaat an der Tagesordnung sein, aber nicht in einem demokratischen Rechtsstaat.

Außerdem ist es für sich selbst vorsorgende Bürger eine mit dem Rechtsstaat nicht zu vereinbarende Zumutung, dass Schwerverbrechern und Kinderschändern vom höchsten deutschen Gericht „Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot“ zugestanden, den Inhabern einer Direktversicherung aber verweigert wird. Kriminelle haben mehr Rechte als ehrbare Bürger, erhalten sogar noch hohe Summen an Schmerzensgeld. Die Politik akzeptiert, und das BVerfG³ sieht hier keinen Handlungsbedarf, das Kriminellen zugestandene Recht „Es haben die Gesetze zum Zeitpunkt der Verurteilung zu gelten“ auf ehr-

² Gesundheitsmodernisierungsgesetz

³ Bundesverfassungsgericht

bare Bürger zu übertragen: „Es haben die Gesetze zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zu gelten“. Sind ehrbare Bürger in unserem Staat Menschen zweiter Klasse?

Millionen betroffene Inhaber einer Direktversicherung wünschen sich eine Perspektive für die Bundestagswahl 2013 und bitten um eine klare Aussage, ob Sie **nach Kenntnis meiner Zeilen an Frau Dr. Merkel**, insbesondere dem Bekenntnis der jetzigen Bundesregierung zu **pacta sunt servanda**⁴ es für geboten halten, das GMG in Bezug auf die Altverträge zu korrigieren, damit politische Statements Glaubwürdigkeit erhalten und nicht nur fernsehwirksame Lippenbekenntnisse bleiben. Nachfolgend nur eine kleine Auswahl:

Zitate unserer Bundeskanzlerin im ZDF-Sommerinterview mit Bettina Schausten am 15.07.2012 ...

„Wir sagen, dass wir die Gesetze, die wir uns selbst gegeben haben, auch wirklich einhalten wollen. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass sich zu viele daran nicht gehalten haben.

Und leider hat die rot-grüne Bundesregierung unter meinem Vorgänger dabei auch keine besonders rühmliche Rolle gespielt, wie man dieser Tage wieder lesen kann.

Demokratie lebt davon, dass die Verträge nicht nur in guten Zeiten gelten, wo man nicht an ihre Grenzen stößt, sondern dass Verträge auch in schwierigen Zeiten gelten, ist das klare Bekenntnis zur Gerechtigkeit.“

Wolfgang Schäuble in der ZDF-Sondersendung am 12.09.2011 „Was nun, Herr Schäuble?“ zur Frage der Stabilität des Euro und die Rettung Griechenlands (Herr Schäuble sprach von Vertrauen und Sicherheit) ...

„Wir haben Verträge in Europa und die europäische Kultur hat auch damit etwas zu tun, dass man sich an geschlossene Verträge hält!“

Aussage vom Vorstand der CDU-Senioren-Union, Herr Prof. Dr. Wulff an ein Mitglied unseres Arbeitskreises „GMG-Geschädigte DV-Versicherte“ ...

„Wir werden und dürfen in der Senioren-Union nicht zulassen, dass der Vertrauensschutz der Rentner gefährdet oder irgendwie in Zweifel gezogen wird.

In unserer Vereinigung werden wir alles dafür tun, dass Verstöße gegen den Vertrauensschutz geahndet werden und Gesetze, die den Vertrauensschutz negativ beeinflussen, auch wieder abgeschafft werden.“

Erbitten Ihre Antwort:

Was sind diese Aussagen eigentlich wert, wenn der Gesetzgeber mit dem GMG eklatant dagegen verstößt?

Die wichtigste aller Fragen an Sie lautet (immer wieder gestellt, aber nie beantwortet):

Können Sie es mit Ihrem Gewissen, Ihrer Logik und dem gesunden Menschenverstand vereinbaren, dass

– **Einzahlung in eine Direktversicherung „ohne Arbeitgeberanteil“ mit Beiträgen aus dem Privatvermögen, hier Weihnachts- und Arbeitslosengeld sowie BfA-Rente vom Gesetzgeber als eine der BETRIEBSRENTE (!) vergleichbare Einnahme deklariert und somit GKV-pflichtig wird,**

aber ...

⁴ Frau Dr. Merkel, Herr Schäuble, Herr Seehofer u.a., siehe Anlage 1-2 meines Schreibens vom 09.08.2012 an Bundeskanzlerin

- **Einzahlung vom Arbeitgeber zusätzlich zum Gehalt in eine auf den Namen des Mitarbeiters abgeschlossene Lebensversicherung mit Fälligkeit frei bleibt von Abzügen an die GKV?**
Siehe hierzu BSG-Urteil des 12. Senats am 10.05.2010 (B 12 KR 15/09 R - K. ./ DAK).

Drastischer kann man die Unlogik wohl nicht mehr vor Augen führen!

Das Hauptargument seitens Politik und BVerG zur Verteidigung des GMG lautet:

„Der Gesetzgeber ist von verfassungswegen berechtigt, „jüngere Krankenversicherte“ von der Finanzierung des höheren Aufwands für die Rentner zu entlasten und die Rentner entsprechend ihrem Einkommen verstärkt zur Finanzierung heranzuziehen.“

Gegenargumente:

1) Die Politik beklagt mangelnden Nachwuchs, fragt aber nicht nach den Gründen. Kinder kosten die Eltern bis zu deren Volljährigkeit mindestens 100.000 Euro. Sollten die Kinder studieren, was heute fast zwingend ist, erhöht sich der Betrag auf mindestens 200.000 Euro – je Kind.

Zum Wohle des Kindes ist es erwünscht, dass zumindest ein Elternteil als Erzieher zu Hause bleibt. Das bedeutet ...

- vorübergehend weniger Einkommen mit dem Risiko, nach Beendigung der Elternteilzeit nicht mehr seinen angestammten Platz beim Arbeitgeber vorzufinden (Beamte ausgenommen),
- weniger Einzahlungen in die Rentenkasse.

Eltern haben einen höheren Aufwand und verzichten bewusst auf Einkommen zur Förderung ihrer Kinder. Anmerkung:

Das ist ein erheblicher Beitrag „der Alten“ gegenüber der jüngeren Generation!

Leider vergisst man Selbstverständliches nur allzu gerne.

2) Sowohl ...

- die privat Versicherten (die nach Auszahlung ihrer Direktversicherung keine Beiträge entrichten müssen) als auch ...
- die Arbeitnehmer, deren betriebliche Altersversorgung vom AG als zusätzliche Gehaltszahlung in eine LV einbezahlt wurden, haben Kinder („jüngere Krankenversicherte“), die als Berufseinsteiger i. d. R. zunächst in der GKV versichert sind.

Wo bleibt die hier „verstärkte Heranziehung“ elternseits „entsprechend deren Einkommen“?

Wenn schon von der Politik solche Forderungen erhoben werden, dann bitte konsequent und nicht immer nur einseitig zu Lasten derer, die sich vermeintlich nicht wehren können!

3) Beispielhaft die Selbstbedienungsmentalität bei den Krankenkassen (Offenbach Post vom 12.04.2011):

Der im vergangenen Jahr wiedergewählte Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler hat sich seine Bezüge kräftig erhöhen lassen. Sein Basisgehalt steigt auf mindestens 350.000 Euro pro Jahr.

Das entspricht einer **Gehaltserhöhung um 90.000 Euro (!)** oder 35 %. Bei einem monatlichen, ab dem 01.01.2004 durch das GMG erzwungenen Zusatzbeitrag einer DV von z. B. 100 Euro muss ein GKV-Mitglied **75 Jahre (!)** in die GKV einzahlen, nur um die Gehaltserhöhung eines einzelnen Vorstandsmitgliedes – und hier auch nur für ein einziges Jahr – sicher zu stellen!

Da aber „nur 120 Monate“ gezahlt werden müssen, werden statistisch gesehen jetzt 7,5 Beitragszahler (!) dafür benötigt. **Haben Sie das schon einmal in Ihre Überlegungen einbezogen?**

Es ist nicht zu akzeptieren, dass mit den Beträgen der Gehaltsumwandlung solche Exzesse unterstützt werden. Man verzichtet viele Jahre u. a. auf Weihnachtsgeld (bei mir auch Arbeitslosengeld und BfA-Rente), nur damit sich Einzelne in der GKV schamlos bedienen können.

Es scheint den GKV´en jedes Mittel recht zu sein, um die eigenen Kassen zu füllen und, wie komme ich an das Geld der Bürger? Der Begriff „ABZOCKE“ trifft ins Schwarze.

Da unsere Krankenkassen zur Zeit im Geld „schwimmen“ (auch Dank der doppelten Beiträge aus den DV´en⁵), scheint für die Politik kein Handlungsbedarf zu bestehen.

Wo bleibt der „Aufschrei“ der Politik? Wo bleibt der Schutz der Beitragszahler?

4) Aktuelles Thema unserer Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen „Zuschussrente“

<http://www.stern.de/wirtschaft/dgb-vorstand-buntenbach-warnt-vor-massenhafter-altersarmut-1888363.html>

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat vor einer Verarmung der breiten Mittelschicht im Alter gewarnt.

„Die Senkung des Rentenniveaus wird geradewegs in die massenhafte Altersarmut führen“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach der „Passauer Neuen Presse“.

Buntenbach nahm Bezug auf Zahlen des Bundesarbeitsministeriums, wonach Millionen Durchschnittsverdiener zu Sozialfällen werden könnten, wenn sie ab 2030 in den Ruhestand gehen.

Was nützen die ganzen Aufrufe der Politik, „die Rente reicht nicht, tut was für euer Alter“, wenn für sich selbst vorsorgende Bürger vom Gesetzgeber dafür im Nachhinein bestraft werden. Am Beispiel der Direktversicherung wurde eine gut gemeinte Idee zum Kapitalvernichtungsprogramm! Persönliches Engagement wurde mit Füßen getreten.

Offenbach Post vom
25.09.2012

CDU sucht Mittel gegen Altersarmut

BERLIN • Die CDU ringt noch um ein abgestimmtes Rentenkonzept. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Vermeidung von Altersarmut vorgelegt. Parteintern gibt es aber massive Einwände.

5) CDU sucht Mittel gegen Altersarmut

BERLIN • Die CDU ringt noch um ein abgestimmtes Rentenkonzept.

Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Vermeidung von Altersarmut vorgelegt. Parteintern gibt es aber massive Einwände.

Antwort hierzu:

Hat man schon einmal bedacht, für die Bürger endlich verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diese ihr „Schicksal“ verlässlich in die eigenen Hände nehmen können?

Die nachträgliche Zwangsverbeitragung bei der DV ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, wie man den Bürgern gewaltsam vor den Kopf stößt und damit jegliches Vertrauen in deren Eigeninitiative verspielt.

Frage an unsere Volksvertreter:

Glauben Sie, dass nach dem Riester-Dilemma nun auch die Millionen betroffenen Bürger einer DV nach den eigenen leidvollen Erfahrungen ihren Kindern und Enkeln, ihren Freunden, Verwandten und Bekannten zu einer vom Staat empfohlenen Zusatzrente raten werden?

⁵ Direktversicherung

Inzwischen gilt das Motto „Wer sich auf den Staat verlässt, ist verlassen“.

Das ist Vertrauenskrise pur!

Wenn Begriffe wie **pacta sunt servanda, Bestands- und Vertrauensschutz, Gleichbehandlung sowie Treu und Glauben** nur noch für Politiker, aber nicht mehr für uns Bürger gelten, dann wird Vertrauen verspielt, man wird zum „Wutbürger“ und bleibt zukünftigen Wahlen fern (Politikverdrossenheit).

Badische Zeitung vom 22.09.2012

Voßkuhle sieht Vertrauenskrise

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts erläutert auf dem Juristentag, welche Probleme man in Europa angehen müsste

Nicht nur der Präsident vom BVerfG, sondern auch wir Bürger sehen schon seit Jahren eine große Vertrauenskrise, ausgelöst durch unverständliches Handeln der Regierenden den Menschen gegenüber, die dem Staat nicht zur Last fallen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

können Sie nach Kenntnis vorgenannter Argumente immer noch mit bestem Gewissen argumentieren, dass mit der Entscheidung im GMG, ohne Vorwarnung durch den Gesetzgeber sogar Altverträge – in denen Einmalzahlung vereinbart und Rentenwahlrecht von vornherein ausgeschlossen war, vor allem deren Beiträge auch noch aus dem Privatvermögen der Betroffenen bezahlt wurden, rückwirkend einer GKV-Pflicht zu unterwerfen mit dem Argument, dies sei eine der Betriebsrente vergleichbare Einnahme?

Eine unglaubliche Verbiegung der Definition! Und das soll rechtens sein?

Hier passt die Erkenntnis unseres letzten Bundespräsidenten, Herrn Christian Wulff am 22.12.2011:

„Nicht alles, was juristisch rechtens ist, ist auch richtig“

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2136379/Wulff-Nicht-alles-was-juristisch-rechtens-ist-ist-auch-richtig.html>

Es wäre ein Gewinn für politisches Handeln, vor allem aber ein Ausdruck der Stärke, könnten Sie meinen Argumenten folgen, vor allem aber die überzeugenden Statements von Frau Dr. Merkel, Herrn Dr. Schäuble u. a. hochrangigen Politikern zu „pacta sunt servanda“ endlich auch für uns Bürger in die Tat umsetzen.

Falls nein, wäre das ein Offenbarungseid und es müsste die Frage gestellt werden, für was man überhaupt noch wählen geht, wenn man sich auf nichts mehr in diesem Staat verlassen kann?

Mit Bezug auf >>> <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/024/1502472.pdf>

hier der bestens analysierte und begründete Antrag der FDP-Fraktion vom 11.02.2004

„Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen“

stelle ich meinem Petitionsantrag vom 26.06.2010 ...

„Mehrfachpetition Direktversicherungs-Altverträge, ID-11367 und Pet. 2-17-15-8272-011026“ sowie

http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user_upload/Petition_zu_Direktversicherungs-Altvertraegen.pdf

Petition zu Direktversicherungs-Altverträgen, eingereicht von Dr. Michael Stoltz / Haar, unterstützt von der ADG

alle Begründungen in ergänzenden Schreiben dazu leider vom Petitionsausschuss ohne Aussprache abgelehnt, siehe http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user_upload/An_die_Mitglieder_des_Petitions-_Ausschuss_20.06.12.pdf <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=3953>

... erneut an den Deutschen Bundestag und bitte diesem stattzugeben:

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV-Modernisierungsgesetz oder GMG) vom 14. Nov. 2003 dahingehend korrigiert wird, dass Altverträge nicht betroffen sind. Damit wäre für vor dem 01.01.2004 abgeschlossenen Direktversicherungsverträge das Rechtsschutzprinzip wieder hergestellt und der rückwirkende Eingriff in diese öffentlich-rechtlichen Versicherungsverhältnisse ausgeschlossen.“

Schließen möchte ich mit den Worten unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck in seiner Antrittsrede am 23.03.2012. Dort sagte er u. a.:

- *„Umgekehrt ist das Bemühen um Gerechtigkeit unerlässlich für die Bewahrung der Freiheit. Wenn die Zahl der Menschen wächst, die den Eindruck haben, ihr Staat meine es mit dem Bekenntnis zu einer gerechten Ordnung der Gesellschaft nicht ernst, sinkt das Vertrauen in die Demokratie.“*
- *„Mir macht allerdings auch die Distanz vieler Bürgerinnen und Bürger zu den demokratischen Institutionen Angst, die geringe Wahlbeteiligung, auch die Geringschätzung oder gar Verachtung von politischem Engagement, von Politik und Politikern.“*

Frustrierende Vergangenheit:

Zum Thema „Direktversicherung“ wurden 398 Petitionen eingereicht. Siehe hierzu u. a.:
Offener Brief an Petitionsausschuss vom 27.10.2011

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=3953>

Am 15.03.2012 pauschale Absage per Serienbrief. Danach ...

- 22.04.2012: Offener Brief an die Vorsitzende des Petitionsausschusses

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=4813>

- 20.05.2012: Persönliches Anschreiben an alle Mitglieder des Petitionsausschusses

http://www.betriebsrentner.de/fileadmin/user_upload/An_die_Mitglieder_des_Petitions-_Ausschuss_20.06.12.pdf

<http://www.versicherung-in.de/krankenkassenbeitrag-direktversicherung-20070527-0-944/>

<http://www.versicherung-in.de/10t-euro-weniger-auf-treu-und-glauben-ihre-bundesregierung-direktversicherung-9281/>

<http://www.versicherung-in.de/mutig-politiker-beim-wort-nehmen-9653/>

Verteiler:

- Bundestagsfraktion und Parteivorstände von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
- Alle Mitglieder „Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag“
- Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
- Bundespräsident Joachim Gauck
- Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert

- alle Mitglieder im Arbeitskreis „GMG-geschädigte DV-Versicherte“ mit Weitergabe an Freunde und Bekannte
- Kooperationspartner Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. – ADG, München; Betriebsrentner e.V. – BRV, Dießen am Ammersee; Bündnis der Rentenbeitragszahler und Rentner e.V. – BRR; Bönningheim und Büro gegen Altersdiskriminierung, Köln

- Senioren-Union der CDU Deutschlands

- diverse Medien (ARD, ZDF, RTL, Presse, ...)

- diverse Internetforen
 - <http://www.altersdiskriminierung.de>
 - <http://www.betriebsrentner.de>
 - <http://www.beitragszahler-rentner.de>
 - <http://www.flegel-g.de>
 - <http://www.versicherung-in.de>
 - <http://www.guenter-pilger.de>
 - <http://www.kruedewagen.de/blog>
 - <http://www.nachdenkerfreunde.de>
 - <http://www.handwerksblatt.de>
 - <http://www.test.de>

- Bundes- und Landesverbände von
 - Deutscher Gewerkschaftsbund
 - Sozialverband VdK Deutschland e.V.
 - Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
 - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

- Stiftung Warentest (Vergleich und Effektivität von Versicherungen)